

FPÖ - Antworten

1 Klimaschutzziel

1. Welche Ziele setzt sich Ihre Partei hinsichtlich Reduktion von klimawirksamen Emissionen?

Bis wann sollen Emissionen auf den Stand von 1990 reduziert werden

Bis wann auf die Hälfte bzw. auf Null reduziert werden?

Alle Versuche der fossil-atomaren Industrie, dubiose Kompromiss- und Übergangslösungen als "Alternativen" zu einer nachhaltigen Energiewirtschaft zu präsentieren, können nur als "Zeitschinderei" aufgefasst werden. Zu solchen Vorhaben gehören beispielsweise die Nutzung nicht-konventioneller Ölvorkommen (Ölschiefer etc.) oder die Idee, CO₂ in unterirdischen Kavernen zu speichern und so von der Atmosphäre fernzuhalten. Fest steht: Fossile Ressourcen, die wir verbrennen, sind endgültig verloren. Sie gelangen, nachdem sich der Kohlenstoff mit dem Luftsauerstoff verbunden hat, irgendwann als CO₂ in die Atmosphäre. Österreich würde mit der umfassenden Umstellung des Landes auf heimische, Erneuerbare Energie im Sinne des von uns vorgestellten Konzepts im Buch „Energieautonomie und Konzerndiktatur“ (herunterzuladen von www.norberthofer.at) die Kyoto-Ziele erfüllen.

Dadurch, dass zuerst der bestehende Trend weg von Erneuerbarer Energie gestoppt und ins Gegenteil umgekehrt werden muss, wird die totale Versorgung mit heimischer Nachhaltiger Energie noch länger dauern, als es sich die meisten Österreicher wünschen. Es muss berücksichtigt werden, dass Produkte aus verschiedenen Sektoren völlig unterschiedliche Lebenszyklen haben. So werden Gebäude ungefähr alle dreißig Jahre einer Generalsanierung (samt neuer Heizungsanlage usw.) unterzogen, während der Lebenszyklus eines Automobils wesentlich kürzer ist. Auch das muss bei derartigen Überlegungen berücksichtigt werden, weil die Annahme, dass jemand, der erst im Vorjahr eine neue Ölheizung errichtet hat, diese schon in den nächsten Jahren wieder ersetzen wird, nicht sehr realistisch wäre.

Angestrebte Ziele für die FPÖ - leicht zu merken: 20-30-40-50

- Für den Stromsektor muss die Energieimport-Unabhängigkeit bis 2020 erreicht werden.

- Im Jahre 2030 sollen zumindest 80% der Wärmeproduktion aus Erneuerbarer Energie stammen.

- Voraussichtlich wird der Mobilitätssektor der größte Hemmschuh am Weg zum energieautarken Österreich sein. Die kurzen Lebenszyklen im PKW-Bereich würden zwar eine umfassende Umstellung der Fahrzeugflotte binnen weniger Jahre möglich machen, leider ist aber derzeit nicht genau prognostizierbar, wann hier CO₂-freie Alternativen flächendeckend verfügbar sein werden.

Deshalb wird bei realistischer Einschätzung und Umsetzung aller hier geforderten Maßnahmen Österreich über alle Bereiche gerechnet erst ungefähr 2040 zu 80% energieautonom sein können. Zur Erreichung des 100%-Ziels wird es dann wahrscheinlich noch mindestens 5 weitere Jahre dauern.

Eine Abschätzung über eine Energieautonomie, also ein Aufkommen an heimischer Erneuerbarer Energie, das auch die in Importprodukten versteckte "graue Energie" zu 100% abdeckt, ist nur schwer möglich. Als Richtwert kann hier aber das Jahr 2050 angenommen werden.

2. Einschätzen des Potenzials für Energieeinsparung und der Energieproduktion aus erneuerbaren Quellen.

Wie schätzen Sie die Aufteilung der Gesamtenergie im Jahr 2015 ein, wenn die Klimaschutzaktivitäten so weiterlaufen wie bisher (2015-A) bzw. mit Maßnahmen gemäß dem eigenen Parteiprogramm (2015-B, 2030-B)? (Angaben in %)

	Statistik 2003	2015 - A	2015 - B	2030 - B
Fossilenergie (Öl, Gas, Kohle)	78,4%	82 %	63 %	35%
Wasserkraft	9,4%	7%	12 %	18%
Biomasse	10,0%	9%	10 %	18%
Windenergie	<1%	<1%	2%	12%
Sonnenenergie	<1%	<1%	2%	12%
Atomenergie und Atomstromimporte	<1%	<1%	0%	%
Sonstige .	1,4%	1 %	1%	5%
Summe:	100 %	100 %	100 %	100 %

Wie schätzen Sie die Entwicklung des Gesamtenergieverbrauchs ein, wenn es so weiterläuft wie bisher (2015-A) bzw. mit Maßnahmen gemäß dem eigenen Parteiprogramm (2015-B, 2030-B)? (Angaben in %)

	2006	2015 - A	2015 - B	2030 - B
Primärenergieverbrauch Österreich	100%	120%	100%	85 %

2 Politische Klimaschutzmaßnahmen

3. Energiesparen wird schon seit Jahrzehnten gepredigt und mit Hilfe zahlreicher Fördermechanismen versucht umzusetzen. Die Realität zeigte jedoch Jahr für Jahr eine Verbrauchsteigerung.

Ist die Energieverbrauchsreduktion ein wesentliches Ziel für Ihre Partei?

Wenn ja, wie sollen die vergangenen Misserfolge überwunden werden, um den Energieverbrauch erfolgreich zu reduzieren?

Mit Recht mahnt in diesem Zusammenhang die Armutskonferenz den dringend erforderlichen Kurswechsel in der österreichischen Energiepolitik ein. Die FPÖ verweist seit langem darauf, dass die hohen und weiter steigenden Energiepreise vor allem die Bezieher niedriger Einkommen vor größte Probleme stellen. Auch Energie zu sparen oder der Umstieg auf erneuerbare Energieträger ist für diese Bevölkerungsgruppe besonders schwierig.

Ein geeigneter und nachhaltiger Weg, die Hochpreisspirale zu durchbrechen und damit verbundene soziale Nöte abzufedern ist die von der FPÖ im Parlament beantragte thermische Sanierungsoffensive. Man muss natürlich Geld in die Hand nehmen, um den Altbau- und Altwohnungsbestand adäquat zu sanieren. Aber man erreicht damit mehrere positive Effekte. Zum einen liegen diese in der Schaffung einer Vielzahl neuer Arbeitsplätze im Bau- und Baunebengewerbe. Zum anderen ist damit eine markante Senkung der Heizkosten zu gewährleisten.

Wir haben in unseren Anträgen alle für die Umsetzung dieses Ansinnens relevanten Parameter aufgelistet, die von der beschleunigten Einführung des Gebäudeenergieausweises, über Adaptionen der Landes-Bauordnungen und die Schaffung eines tragfähigen Erneuerbare-Energien Gesetzes, ein Verbot von Öl- und Erdgasdirektheizungen in Neubauten und den verpflichtenden Einbau von

Solaranlagen in mehrgeschossigen Wohnhäusern, bis hin zu fachlich fundierter Energieberatung reichen. Um den notleidenden Menschen, die sich das Heizen nicht mehr leisten können zu helfen, muss in Österreich vor allem - und das ist Ziel unseres Hauptantrages im Parlament - eine thermische Sanierungsoffensive für den Althaus- und Altwohnungsbestand durchgeführt werden.

Die Kosten für die Sanierung des gesamten Altbestandes in Österreich betragen 80 Milliarden Euro. Neben den Maßnahmen der Wohnbauförderung aus den Ländern soll nach den Plänen der FPÖ der Bund einen Investitionszuschuss in der Höhe von 10 Prozent in den nächsten 10 Jahren leisten.

Diese 800 Millionen Euro Direktzuschuss jährlich sollen einen Beitrag leisten, um zu einer raschen Sanierung des Althausbestandes zu kommen. Denn soziales Wohnen heißt in Zukunft nicht mehr, dass man billig zu einer Wohnung kommt, sondern dass man sich die Betriebskosten leisten kann.

Heizkostenzuschüsse können leider nur als Akut- und Nothilfe verstanden werden und keinen dauerhaften Beitrag leisten, Österreichs Haushalte in Energiefragen zukunftsfähig zu machen.

4. Ökologisierung des Wirtschaftssystems:

Viele Wirtschaftsexperten/innen sehen in der aufkommensneutralen Umverteilung der Abgabenlast von Arbeitszeit auf (nicht erneuerbare) Ressourcen eine große Chance für Klimaschutz und Arbeitssicherung. Steuereinnahmen aus z.B. CO₂-Steuer sollen zur Finanzierung von Energiesparmaßnahmen (insbesondere bei sozialer Bedürftigkeit) und zur Senkung der Abgaben auf Arbeitszeit verwendet werden ohne die gesamte Steuerlast zu erhöhen.

Wie sieht das Ihre Partei?

Wie rasch bzw. in welchem Zeitraum sollte die Ökologisierung umgesetzt werden und wo sehen Sie die Grenzen in der Umsetzung?

Welche „ökologischen Maßnahmen“ wird Ihre Partei bei der kommenden Steuerreform vorschlagen und zur Durchsetzung bringen?

Zu kritisieren ist in diesem Zusammenhang aus Sicht der FPÖ die Unsitte, Budgetlöcher mit kurzfristigen Erhöhungen bei der Mineralölsteuer zu stopfen. Diese in der Vergangenheit durchaus übliche Vorgehensweise hat bei der Bevölkerung jegliches Vertrauen in die Politik in Hinblick auf Lenkungsmaßnahmen weg von fossilen Stoffen geführt. Jede Ankündigung einer ökologischen Steuerreform ist durch diese historische Last dem Generalverdacht der Unaufrichtigkeit unterworfen und es bedarf zunächst eines durchdachten und durchdiskutierten Konzepts, das auf eine Reduktion der Abhängigkeit von fossilen Energieformen abzielt. Versuche, eine derart umfassende Steuerreform über die Köpfe der Bürger hinweg durchzuführen, sind sicher zum Scheitern verurteilt. Vernünftiger wäre in erster Linie die Erarbeitung einer umfassenden Neuordnung des Steuergesetzes, die auch die Ökologisierung des Steuersystems mit einschließt.

Nach einem Jahr intensiver Diskussion soll dann das Volk direkt über ein derartiges Maßnahmenbündel, das durchaus weit reichende Folgen haben wird, entscheiden.

5. Biomasseaktionsplan

Der österreichische Biomasseaktionsplan sieht eine Steigerung der energetischen Nutzung bezogen auf das Basisjahr 2004 um 93,5% bis 2010 und um 156% bis 2020 vor. Die Biomasseaufbringung wird jedoch lt. Biomasseaktionsplan insbesondere bei Biotreibstoffen auch ausländische Potenziale verwenden müssen.

Wie steht Ihre Partei zum Biomasseaktionsplan?

Wie sehen Sie die Nutzung ausländischer Biomasseressourcen?

Was sollte bei der Biomassenutzung vorrangig beachtet werden?

Tatsache ist, dass derzeit viele Biomasseprojekte in sehr ineffiziente Bahnen laufen, die einerseits das Biomassepotenzial schlecht ausnützen und andererseits den Primärenergiebedarf langfristig vergrößern und somit kontraproduktiv zu den Klimaschutzinteressen sind und nur wenig Fossilenergie ersetzen. Damit wird der wichtige Punkt angesprochen, dass zwar viele Biomasse-Projekte - insbesondere Großprojekte zur Biomassevergasung, Biomasseverflüssigung oder Biomasseverstromung - zwar in bester Absicht eingeleitet werden, uns aber in Ermangelung eines Grundkonzepts manchmal sogar vom Ziel der Energieautonomie abbringen. Ganz wichtig ist für die FPÖ in diesem Zusammenhang, dass uns der Import von Biomasse vom Ziel der Unabhängigkeit abbringt und nicht kontrolliert werden kann, unter welchen Rahmenbedingungen dies Biomasse (Dünger, Gentechnik) angebaut wird.

6. Biotreibstoffrichtlinie:

Trotz des Nahrungsmittelpreisanstiegs möchte die österreichische Bundesregierung die Ziele der Biotreibstoffbeimischung (10% bis 2010, 20% bis 2020) weiter verfolgen.

Wie steht Ihre Partei dazu?

Wie möchte Ihre Partei verhindern, dass die Biotreibstoffproduktion die Nahrungsmittelversorgung gefährdet – in Österreich – in den Entwicklungsländern?

Bis zu welcher Höhe sollte Österreich die Biotreibstoffbeimischung nach oben anstreben?

Je nach Studienautor beträgt das CO₂-Äquivalent von Biotreibstoffen von 30% bis 170% von jenem des fossilen Treibstoffes. Welchen Studien vertrauen Sie?

Auch hier gilt für uns: Es macht wenig Sinn, einen Beimischungsgrad zu verordnen und dann auf Importe, starken Düngemittelleinsatz und oder gar auf Agrogentechnik zu setzen.

Die Zukunft liegt für uns im Elektroauto und nicht im Agrotreibstoff. Bei den Batterien haben wir eine einmalige Entwicklung in den letzten Jahren erlebt. Das Elektroauto in der Garage, die Photovoltaikanlage am Dach, das ist unsere Zukunftsversion. Denn hier kann die Batterie des Autos als Puffer verwendet werden.

7. Pendler und Transportgewerbe sind von den hohen Treibstoffpreisen besonders betroffen. Weniger Fahrten wären zwar gut für die Umwelt, allerdings nicht immer möglich. Wie wollen Sie finanzielle Engpässe in diesen Bereichen vermeiden?

Wir müssen den mutigen Schritt von der fossilen Energie hin zum Elektroauto rasch umsetzen. Ab 2010 kommen neue Modelle großer Hersteller auf den Markt. Das wird der Beginn einer breiten Entwicklung in der Bevölkerung sein. Die öffentliche Hand muss Vorbild sein und ihre Dienstwagenflotten zuerst umstellen. Wir müssen aber auch leistungsfähige Anbindungen im öffentlichen Verkehr sicherstellen. Wir hoffen sehr, dass das Jahresticket in der neuen Legislaturperiode endlich umgesetzt wird..

8. Förderung von Photovoltaik:

Ökostromgesetz 2003: wegen der „Deckelung“ war das 15MW-Kontingent in 14 Tagen ausgeschöpft.

Juni 2008: Photovoltaik-Investitionsförderung über den Klima-Energiefond war innerhalb eines Tages ausgeschöpft.

Wie möchten Sie die Photovoltaik in Zukunft fördern?

Wie schnell darf bzw. soll die Solarenergienutzung wachsen?

Wir setzten uns ohne Wenn und Aber für die Schaffung eines österreichischen Erneuerbaren Energiengesetz ein, ohne Deckelung und mit einer echten Investitionssicherheit für die Betreiber. Das ist die Voraussetzung für ein rasches Wachstum der Solarenergienutzung.

9. Welche wirtschaftlichen Risiken und Chancen sehen Sie im Zusammenhang mit der Nutzung erneuerbare Energie und Energieeffizienz?

Keine. Ich sehe für Österreich nur wirtschaftliche Vorteile. Die Frage der Energieversorgung ist jedenfalls gleichzeitig eine soziale, geostrategische, volkswirtschaftliche und eine moralische Frage.